



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XVII/67 - 22. März 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Erhards Hilferuf
Nicht diese Methode, Herr Minister!

58

2 - 4

Verteidigungskosten
Bei uns und bei anderen
Von Pfarrer a.D. Hans Merten, MdB

120

5

"Vorwärts" auf Mikrofilm
Zeitgeschichtliches Dokument soll erhalten bleiben

47

6

Warum eigentlich "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" ?
Kleine Betrachtung zum Nachdenken

36

7

17 Jahre "Liga der Arabischen Staaten"
Der Pakt von Kairo
Von Manfred von Juterzenka

42

* * * * *
* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Erhard's Hilferuf

Nicht diese Methode, Herr Minister!

sp - Mit Worten wie "Ernst der Stunde", "Besinnung", "Irrwahn", "Hexensabbat", "wahrütteln", "selbsterstörerische Wut", "Verhängnis" und ähnlichen Schlag- und Kraftausdrücken hat Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard am Mittwochabend über Rundfunk und Fernsehen das deutsche Volk zum "Maßhalten" aufgerufen. Wahrlich, es fehlte nur noch die Gaullies seit 1940 immer wiederholter Ruf: "Französinnen und Franzosen, helft mir!"

Was in der S a c h e zu den meist an die falsche Adresse gerichteten Beschwörungen des Bundeswirtschaftsministers zu sagen ist, wird in Kürze von berufener Seite gesagt werden, soweit nicht schon die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Hausfrauen und die kleineren und mittleren Bauern selbst ihren Kommentar dazu gegeben haben. Einiges davon konnte man am Donnerstag bereits in den Betrieben hören.

Betrachten wir aber einmal die Methode, mit der sich Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard - wenige Stunden nach der Abreise des Bundeskanzlers in die Ferien - an "sein Volk" gewandt hat. Dieser Mann, der bekanntlich auch Vizekanzler ist, tut so, als gäbe es kein Parlament. Er wählt den Weg der Rundfunk- und Fernsehansprache, wohl wissend, dass man ihm dort nach Lage der Dinge nicht sofort antworten kann.

W e n n Herr Erhard der Meinung ist, dass sich die deutsche Wirtschaft in Gefahr befindet, w e n n er glaubt, der Nation Vorhaltungen machen zu müssen, dann hätte er hierfür den in einem demokratischen Staat üblichen Weg einschlagen können. Ein Brief an den Bundestagspräsidenten mit der Bitte um Einberufung einer ausserordentlichen Sitzung des Bundestages, wo die berufenen Volksvertreter s o f o r t in Rede und Gegenrede zu den Cassandra-Rufen Stellung nehmen können, hätte wahrscheinlich genügt.

Aber nein! Das Parlament wurde umgangen, die die wirklichen Ursachen des Zustandes unserer Wirtschaft stark verbiegenden und falsch adressierten Hilferufe über den Äther verwirren die Ausgangspositionen einer sicher notwendigen Diskussion über verschiedene Vorgänge in der deutschen Wirtschaft. Das war g e w o l l t !

Wir haben die Hoffnung, dass Rundfunk und Fernsehen den von Regierungsseite begangenen Fehler wieder gutmachen werden. Es wäre unerträglich, wenn Erhard's Stimmungsmache unbeantwortet vor dem gleichen Forum, das man ihm zur Verfügung stellte, im Raume stehen bleiben würde.

+ + +

Verteidigungskosten

Bei uns und bei anderen

Von Pfarrer a.D. Hans Nerten, MdB

Die Kosten für die Landesverteidigung nehmen in den öffentlichen Haushalten aller Staaten ständig anwachsende Positionen ein. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sie in allernächster Zukunft einen Umfang erreichen werden, der zu volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten und darüber hinaus zu einer Senkung des Lebensstandards führen müssen. Der außergewöhnlich niedrige Lebensstandard in den von der kommunistischen Diktatur regierten Ländern, ebenso wie in Spanien und Portugal, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß wegen des in diesen Ländern herrschenden dauernden Ausnahmezustandes riesige Beträge für die bewaffnete Macht ausgegeben werden müssen. Dabei tritt eine geradezu erschreckende Tendenz der ständigen Steigerung dieser Ausgaben auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs zutage.

Vergleichszahlen

Da wir nur in der freien Welt Zugang zu den wirklichen Zahlen haben, können wir nur von daher einige Beispiele anführen. In der Zeit von 1949 bis 1961 haben sich die Verteidigungsausgaben in Belgien von 643 Millionen auf 1580 Millionen erhöht. In Italien von 2023 Millionen auf 4710 Millionen, in Norwegen von 218 Millionen auf 665 Millionen, in Großbritannien von 9161 Millionen auf 19 051 Millionen, in den U S A von 57 036 Millionen auf 204 362 Millionen DM.

Für die Bundesrepublik wurden 1953 erstmalig für eine von den Besatzungsmächten unabhängige Landesverteidigung 6195 Millionen DM ausgegeben; im Jahre 1961 waren es 12 784 Millionen und 1962 werden es voraussichtlich über 16 000 Millionen DM sein.

Insgesamt gaben die Länder der NATO 1949 78 863 Millionen und 1961 sogar 271 568 Millionen DM für die Verteidigung aus.

Falsche Berechnung unserer Ausgaben

Nicht zuletzt wegen dieser unvorstellbar riesigen Beträge muß man der Abrüstungskonferenz in Genf mit allen Mitteln der Politik zu helfen versuchen, zu einem Stopp dieser unheilvollen Entwicklung zu kommen. Sie kann nur in einer volkswirtschaftlichen Krise größten Ausmaßes enden. Leider jedoch erleben wir häufig, daß die Bundesrepublik im Ausland deshalb kritisiert wird, weil ihre Aufwendungen für die Landesverteidigung im Verhältnis sowohl zum Brutto-Sozialprodukt als auch zum Bundeshaushalt zu niedrig seien. Diese Vorwürfe gehen von einer völlig falschen Berechnung der Ausgaben aus. Für die Landesverteidigung sind ja nicht nur die Ausgaben vorgesehen, die den Verteidigungshaushalt des Einzelplans 14 belasten. Die Bundesrepublik hat Aufwendungen fast in der gleichen Höhe, die für die militärische Landesverteidigung aufzubringen sind, für die Folgen des letzten Krieges, den zivilen Bevölkerungsschutz, die Berlin-Hilfe und andere Verteidigungsfolgekosten. Diese Beträge können

nicht deshalb unberücksichtigt bleiben, weil sie in anderen Einzelplänen erscheinen, als den der militärischen Rüstungskosten. Es handelt sich dabei fast durchweg um Ausgaben, die die anderen Länder der NATO nicht haben, gleichwohl aber für die innere Stabilität der Bundesrepublik von wesentlicher Bedeutung sind und in unmittelbarem Zusammenhang mit dem letzten Krieg stehen. Dazu kommen die Aufwendungen für Berlin und den zivilen Bevölkerungsschutz, die im Zusammenhang mit der Verteidigung der Freiheit stehen.

15 Milliarden DM zusätzlich

Im einzelnen handelt es sich dabei für das Jahr 1962 um Ausgaben für Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Ausgleichsfonds in Höhe von 483 Millionen und aus dem Bundeshaushalt von 1688 Millionen. Ferner um die Berlin-Hilfe aus verschiedenen Posten insgesamt um 1500 Millionen, um Verteidigungsfolgekosten des Einzelplans 35 von 627 Millionen, die Kriegsopferversorgung mit 4042 Millionen, die Versorgung nach Art. 131 des Grundgesetzes mit 2107 Millionen, den zivilen Bevölkerungsschutz mit 695 Millionen und die Aufwendungen für das Fremdrentengesetz mit 22 Millionen.

- * Diese Posten ergeben zusammen den Betrag von 14 968 Millionen, d.h. fast 15 Milliarden Mark, denselben Betrag also,
- * den auch die militärischen Verteidigungskosten ausmachen.

Alle anderen verbündeten Staaten in der NATO haben diese Ausgaben nicht oder haben sie in die Verteidigungskosten mit einbezogen, wie z.B. die Versorgung der ehemaligen Berufssoldaten und Kriegsofper.

Verteidigungsausgaben und Sozialprodukt

Ein Vergleich der militärischen Verteidigungsausgaben mit einigen anderen Ländern zeigt zudem, daß die Bundesrepublik in diesem Jahre sich nur unwesentlich unterscheidet. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Bundeswehr sich noch im Aufbau befindet, während sich bei den anderen Ländern die Streitkräfte bereits im Endstadium ihrer Entwicklung befinden.

Folgende Vergleichszahlen sind hierfür wichtig:

| Land | Militärische Verteidigungskosten Prozent des Haushalts | Prozent des Brutto-Sozialprodukts |
|----------------|---|-----------------------------------|
| Bundesrepublik | 24,4 % | 4,75 % |
| Frankreich | 29,45 % | 6,47 % |
| Großbritannien | 23,89 % | 6,78 % |
| Niederlande | 17,89 % | 4,35 % |
| Schweden | 17,83 % | 5,39 % |
| USA | 57,20 % | 9,30 % |

Im Falle der Vereinigten Staaten ist zu bedenken, daß ein großer Teil der Ausgaben, die bei uns durch den Bundeshaushalt finanziert werden, in den Haushalten der einzelnen amerikanischen Staaten erscheinen und daher bei der Prozentrechnung nicht berücksichtigt werden konnten.

- * Aus dieser Übersicht geht hervor, daß die Bundesrepublik
- * sich auf der Linie des Durchschnitts der NATO-Länder be-
- * wegt, daß sie diese Linie aber sehr weit nach oben über-
- * schreiten würde und an die amerikanischen Ziffern heran-
- * kommen würde, wenn die oben erwähnten V e r t e i d i -
- * g u n g s f o l g e k o s t e n mit einbezogen würden.

Es muß die Aufgabe der Bundesregierung sein, bei Verhandlungen mit anderen Staaten mit allem Nachdruck auf diese Verteidigungs-Folgekosten hinzuweisen, die andere Länder n i c h t haben.

Verteidigung - nicht nur militärisches Problem

Diese Ausgaben sind für die Verteidigung der Freiheit genauso notwendig und unausweichlich, wie die Ausgaben für den militärischen Teil der Landesverteidigung. Wir dürfen weder die Vertriebenen und Flüchtlinge vernachlässigen, noch an der Berlin-Hilfe sparen, wir können ebenso wenig die Kriegsopferversorgung leiden lassen, wie den zivilen Bevölkerungsschutz, der ohnedies infolge der Nachlässigkeit der Bundesregierung ins Hintertreffen geraten ist. Unsere ausländischen Freunde sollten einsehen, daß die einseitige Blickrichtung auf die militärische Verteidigung falsch ist und diese Verteidigung ihren Sinn verliert, wenn nicht gleichzeitig entsprechende Mittel für die Verteidigungsfolgekosten aufgebracht werden. Diese Mittel sind für die innere Stabilität und damit allgemein die Sicherheit der Bundesrepublik gleichrangig und gleichwertig.

* * *

Die sozialdemokratische Bundestagefraktion ist sich darüber im klaren, daß auch eine sozialdemokratische Bundesregierung für die militärische Landesverteidigung Mittel in einer Höhe zur Verfügung stellen müßte, die nicht wesentlich unter den von der jetzigen Regierung im Haushalt vorgesehenen Ansätze liegen können. Sie ist sich aber auch darüber im klaren, daß von deutscher Seite ein geistiger Beitrag zur Förderung von Abrüstungsverhandlungen geleistet werden muß, um nicht nur in Deutschland, sondern überall den lebensgefährlichen Wettlauf auf dem Rüstungsgebiet zu beenden und Mittel freizumachen für die friedliche Entwicklung bei uns und in aller Welt.

+ + +

"Vorwärts" auf Mikrofilm

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands läßt durch ein Bonner Mikrofilm-Institut die Sicherungsverfilmung ihres früheren Zentralorgans vorbereiten. Zunächst ist beabsichtigt, die während der Weimarer Zeit erschienenen Ausgaben des "Vorwärts" auf Mikrofilm aufzunehmen. D.Red.

Beim "Vorwärts" handelt es sich bekanntlich um ein wertvolles Objekt der zeitgeschichtlichen Quellenforschung, deren Verfilmung aus Gründen der Erhaltung dringend notwendig wird. Leider liegt das SPD-Zentralorgan beim Parteivorstand nicht in einer vollständigen Sammlung vor, da die Archivbestände der SPD im Jahre 1933 von den Nationalsozialisten in alle Winde verstreut wurden und es der SPD noch immer nicht möglich war, eine lückenlose Sammlung ihres Parteiorgans zu beschaffen. Für die Verfilmung wird es daher der Mithilfe und Unterstützung durch wissenschaftliche Institute bedürfen, bei denen sich fehlende Teile befinden.

Bereits die Titel dieses zeitgeschichtlichen Dokuments vermitteln einen Eindruck von der Buntheit und Lebenskraft einer Bewegung, die vor hundert Jahren ein öffentliches Ausdrucksmittel schuf, das bis heute in seiner politischen Wirkung Bestand hat. 1854-1869 erschien das "Demokratische Wochenblatt", von da an bis September 1875 der "Volksstaat", 1876-1878 der "Vorwärts". In diesem Jahr erließ Bismarck das "Sozialistengesetz", das bis 1890 in Kraft war und die Auflösung der sozialdemokratischen Organisation und auch ihrer Presseorgane zur Folge hatte. In der Schweiz und in England kam dann aber von 1883-1890 der "Sozialdemokrat" heraus. Von 1891 ab erschien dann wieder der "Vorwärts" ununterbrochen bis 1933; mit dem Verbot der SPD stellte er sein Erscheinen ein. Als "Neuer Vorwärts" erschien im Exil von 1933-1940 ein Organ der SPD, das sozialdemokratische Auffassungen auch in dieser Zeit noch regelmäßig der Öffentlichkeit - allerdings außerhalb Deutschlands - nahebrachte.

Erst 1948 war es möglich, wieder ein Zentralorgan der SPD herauszubringen, das bis 1954 noch "Neuer Vorwärts" hieß, um dann den alten Titel wieder anzunehmen, unter dem er jahrzehntelang sich als Sprachrohr der SPD seinen Namen machte: "Vorwärts". Gleichzeitig trat insofern noch einmal eine Veränderung ein, als der "Vorwärts" die Möglichkeit zu größerer eigener Gestaltungskraft bekam und aus dem Zentralorgan der SPD eine sozialdemokratische Wochenzeitung wurde. Am Titel selbst hatte sich durch diese Anpassung an eine moderne Zeit allerdings nichts geändert.

Es ist verständlich, daß die alten Jahrgänge des sozialdemokratischen Zentralorgans durch zwei Weltkriege, durch Auslagerungen und Kriegseinwirkungen sich nicht mehr in einem Zustand befinden, der es gestattet, wie in einer aktuellen Tageszeitung in ihm zu blättern. Daher ist es zweifellos zu begrüßen, wenn der Vorstand der SPD sich um die Sicherungsverfilmung bemüht, die nach den bisherigen Erfahrungen für viele weitere Jahrzehnte dem Interessenten und Historiker ermöglichen wird, Einblick in Ausgaben des "Vorwärts" zu nehmen, selbst wenn sie weit vor der Jahrhundertwende erschienen sind.

Warum eigentlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer ?

Kleine Betrachtung zum Nachdenken

BP. - Seit langem haben sich im deutschen Sprachgebrauch die Begriffe "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" eingebürgert. Was man sich darunter vorstellt, weiss man im allgemeinen. "Arbeitgeber" ist ein Privatunternehmer oder ein öffentliches Unternehmen, das seinen Angestellten und Arbeitern Beschäftigung "gibt". "Arbeitnehmer" dagegen ist jemand, der Arbeit "nimmt".

Diese Bezeichnungen stammen aus einer Zeit, da ein Abhängigkeitsverhältnis des Angestellten und Arbeiters vom Unternehmer bestand, das sich durch die Worte "Geben" und "Nehmen" einigermaßen klar abgrenzen liess.

In der modernen Volkswirtschaft hat sich in dieser Beziehung einiges geändert. Der Arbeitnehmer ist heute in jeder Weise rechtlich in seiner gesellschaftlichen Position geschützt. Er ist keineswegs mehr - oder sollte es jedenfalls nicht sein - ein Objekt. Seine Arbeitskraft ist ein errechenbarer Bestandteil des volkswirtschaftlichen Gesamtvolumens, und wenn ein Unternehmen heute Gewinne erzielt, ist der Arbeitnehmer heute eigentlich ein **G e b e r**. Theoretisch gesehen war er es schon immer, nur wollte man das nicht wahrhaben.

Der heutige Arbeitgeber bewirbt sich, um seinen Betrieb funktionsfähig und gewinnbringend zu erhalten, auf dem freien Arbeitsmarkt um gute Kräfte. Er ist also kein Geber mehr, sondern ein **N e h m e r**.

Nun wollen wir jedoch keineswegs das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir meinen lediglich, dass man sich gelegentlich darüber Gedanken machen sollte, ob in der modernen Volkswirtschaft die oben angedeutete Trennung nach Worten unbedingt immer bestehen bleiben muss.

Dadurch, dass man den Angestellten und Arbeiter auch heute noch - mindestens durch die globale Bezeichnung "Arbeitnehmer" - von vornherein in die Situation eines **N e h m e n d e n** drängt, wertet man seine wirkliche Bedeutung in der Volkswirtschaft ab. Er ist nicht nur gleichberechtigter Staatsbürger, sondern auch gleichberechtigter Wirtschaftsbürger. In diesem Falle muss man ihm auch zubilligen, dass seine gesellschaftliche Position anders gewertet wird als in jener Zeit, da man in ihm wirklich nur den "Nehmer" sah.

17 Jahre "Liga der Arabischen Staaten"

Von Manfred von Jüterzenka

In allen Hauptstädten, in denen die Arabische Liga durch eine Delegation vertreten ist, haben die Araber und ihre Freunde den 17. Jahrestag des Paktes von Kairo gefeiert. Am 22. März 1945 waren Ägypten, Syrien, Transjordanien, Libanon, Irak, Saudi-Arabien und der Jemen die Taufpaten der Liga der Arabischen Staaten.

"Dieser Tag wird in die Geschichte der arabischen Völker eingehen", erklärte damals der ägyptische Ministerpräsident Fakhud Fahri el-Kokra-schi Pascha im Funksaal des Zaafarane-Palastes unter dem donnernden Salut der Kanonen der Zitadelle von Kairo. "Das Dokument, das wir an diesem besegneten Tag unterzeichnen, bedeutet die Erfüllung eines jahrhundertelangen Traumes der arabischen Völker. Hier hat heute eine neue Epoche in der glorreichen Geschichte unserer Nation begonnen".

Hinter diesen wohlklingenden Worten stand eine Präambel mit 20 Paragraphen, die nicht viel mehr besagten, als einen losen Zusammenschluss zur Erörterung von Fragen gemeinsamen Interesses. Kein beitretendes Land verpflichtete auch nur auf einen geringen Teil seiner Souveränität.

Aber wenn auch die erwarteten Impulse zunächst ausblieben, die von den Schöpfern der Liga erhofft worden waren, so wurde sie dennoch mit der Zeit zu einem wesentlichen Instrument nächstlicher Politik. Der Liga gelang es, die Gemeinsamkeit als grosse Linie zu unterstreichen. Auf einen simplex Mennor gebracht: während früher nach einleitenden Schimpfkanonaden meistens zu den Waffen gegriffen wurde, bleibt es heute beim blosser Wortwechsel.

Seit der Gründung der Liga gab es keinen Krieg mehr zwischen arabischen Staaten, obwohl häufig genug die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden auf des Messers Schneide stand.

Ihr Meisterstück legte die Arabische Liga im vergangenen Jahr ab, als sie - mehr noch als die in das Schichtum Kuwait entsandten britischen Truppen - entscheidenden Anteil an der Beilegung der Kuwait-Krise hatte. Kassem konnte es sich einfach nicht leisten, der Begehrlichkeit auf das verlockende Scheichtum gegen die geschlossene Phalanx aller arabischen Staaten nachzugeben.

Bei den Feiern zum Jahrestag der Liga standen die Vertreter des Irak abseits, denn seit der Differenzen um Kuwait boykottiert Kassem die Sitzungen der Liga. Einen offenen Bruch durch einen Austritt wagte aber auch er bisher nicht.

Am 31. März findet die nächste Sitzung der Liga statt. Dass die Minister ausgerechnet in der saudischen Hauptstadt Riad zusammenkommen wollen, ist bezeichnend für die Funktion der Liga, denn ernste Spannungen zwischen Saudi-Arabien und der VAR verdüstern gegenwärtig der nächstlichen Himmel. Es wäre keine Überraschung, wenn die Liga auch diesen Streit beilegen könnte.